

Scherwonezschungen
noch, das es sich da-
onale kauftasi-
um Kaphtha-Inter-
die erstredie die Be-
en glückliche-
eine Vertreter traten
r in München in Be-
dem früheren Gene-
id seite sich dort mit
Die Verhand-
an plante nun, durch
noten sich zu finan-
Kassaorgan-
ne Hauptstädten. Die
hig. Der ebenfalls
r steht der national-
n nahe.

den Tichetwonez-

Vertreter der Natio-
nals, erklärte auf-
erung in seiner
en Tichetwoneznoten,
vorden sind, zu tun

gegen die Fälscher.
Die französische Baron
er Französischen Re-
genheit der fälschlich
ipapiere eingereicht
leitung eines Rechts-
vorgeprochen, seine
t und von den über
kten Kenntnis ge-

vorgelesen, von wo
und zurückgehen soll.
off dann die erste
Südamerika als
regelmäßigen Trans-
Südamerika flut-
finnen die in S. Villa
o und in Buenos
allenbauten naturge-
Man wird sich daher
der Auffassung von
2. 3. 127 von Fried-
vort keine Brennstoff-
überquerung des Sü-
kann. In Rio de
br gänzlich am Nord-
Schiff über dem
Nähe der Küste den
erreichen kann. In
Isabellen ein Gelände
de la Plata vor-
anener Verhältnisse
se immer mehr als
die Auffassung und
die, die breit genug ist,
zu bieten.

misco-Sondululu.

Flieger Giles, der
nach Sondululu wieder
die schwere
ihm ein neues Leben
schickte, um in der
de 288 von seinen 300

üd.

Flugzeuge, die hier
insolge eines falschen
Meters zu sammen
zu fliegen, wurden
führer des zweiten

Fern.

ge überfahren.
und wurde auf der
Zimmerstraße
die geschlossene
von einem Ver-
nert. Ein Land-
die beiden anderen

olland.

in wegen ist gestern
ein Autoun-
ug vollkom-
er werden sterben
in sieben Passagieren
r, zwei leichter
nate veräußert, den

zerzissen.

thnisch-mongolischen
Dörfer von Wölfen,
200 Tieren auf-
en und vier Kinder
n. Zur Verteilung
noten,

Tornados

on.

do, der in der Nacht
vorgen Washington
hüpf heimisch, hat
sopfer gefordert.
tionen von Dollars,
längere Störungen
Personen verloren
der größte Teil
den überschwemm-

gard hinweg, der
den Zibden Wilson
berühmt. Die Zib-
uf, davon drei is
sforti eingeleitet.

Preisblatt des
Stadtfreies Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister-
ämtern und Ämtern
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Geschäftsstellen:
Bocholt, Realgym-
straße 14. Fernspr.
Sammler. 3054.
Hede: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wolfig.
Werth: Th. Parnas.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Deutsches Leid in Südtirol.

Ein englisches Blatt, der hochangesehene „Manchester Guardian“, hat dieser Tage das Verbot deutscher Grabinchriften in Südtirol mit den Worten ge-
geißelt, daß ein solcher Versuch, Gott selbst als italieni-
schen Schutzherren in Anspruch zu nehmen, ein per-
verser Patriotismus sei. Seine Opfer bis zum
Grabe und darüber hinaus zu verfolgen und sie zwin-
gen zu wollen, in den christlichen Glauben auf eine
Sprache zu verzichten, die sie ihr ganzes Leben lang
gesprochen hätten, sei eine Tat, gegen die sich die ganze
Öffentlichkeit wenden müßte. (Die italienische Regie-
rung hat nun bekräftigt festgestellt, daß alle deutsche
Grabinchriften nicht entfernt werden müßten. Also darf
„nur“ in Zukunft toten Deutschen kein deutsches „Auf
Wiedersehen in einer anderen Welt!“ nachgerufen wer-
den. — Auch das ist perverser Patriotismus!)

Ein anderes Mal erinnerte der „Manchester Guar-
dian“ daran, daß es Lord Bryce größter Schmerz ge-
wesen sei, seine Enttäuschung über die deutsche Ge-
schichte bezeugen zu müssen, als er den Friedensver-
trag unterschreiben mußte, daß die Tiroler, für die
Andreas Hofer im Jahre 1800 gekämpft habe und ge-
storben sei, einer Fremdherrschaft ausgeliefert würden.
Diese Ungerechtigkeit währte nun schon neun Jahre.
In diesen neun Jahren der Fremdherrschaft ist Südti-
rol durch mehrere Perioden der Bedrückung und Ver-
folgung geschritten. Keine war schmerzlicher als die-
jenige, die seit einigen Monaten mit dem Namen des
faschistischen Sonderkommissars Garattana ver-
knüpft ist. Aber eine noch härtere war kommen, denn
erst vor kurzem hat Turati, der Generalsekretär
der faschistischen Partei, den Sonderkommissar in einem
öffentlich kundgegebenen Schreiben aufgefordert, seine
Tätigkeit zu erhöhen, da nach fünf Jahren faschistischer
Regierung in Bozen noch zu wenig gesche-
hen sei.

Der tiefste Sinn dieser Bedrückung eines Volkes,
das während der neun Jahre der Vergewaltigung nicht
einmal den leisesten Versuch der Auflehnung gegen die
fremden Bedrücker unternommen hat, ist nicht leicht
zu erkennen. Man kann das Vorgehen der Schwarz-
hemden gegen die Südtiroler nicht mit ihrem Verhal-
ten gegen die Sozialisten vergleichen, denn die von den
faschistischen niedergeworbenen Sozialdemokraten haben
gelegentlich schwache, auf individuelle Äkte beschränkte,
aber doch deutliche Versuche der Auflehnung gemacht.
Die Südtiroler dagegen wurden nicht erst von den
Schwarzhemden bedrückt. Als Wilson, Lloyd George
und Clemenceau den Frieden von Saint-Germain ver-
traten, gab es noch keine faschistische Herrschaft. Die
Südtiroler mochten den Weltfrieden und dem Apostel
von Uebersee, mochten den italienischen Generalen am
Ausgange des Krieges fluchen — von den heraufkom-
menden faschistischen haben sie eher eine Erlösung von
unenträglichem Druke als neues Leid erwartet. Sie
standen also dem Faschismus ursprünglich
nicht feindselig gegenüber, und der Faschis-
mus vielmehr auch ihnen nicht. (Vereinzelte faschistische
Ausführungen in der Zeit vor dem 1. Oktober 1922
würden nicht das Gegenteil beweisen.)

Weberholt sich es auch, als ob die feindseligen
faschistischen Deutschen Südtirols mit ihrem Schid-
sal verfahren wollten. Noch in den ersten Monaten
dieses Jahres konnte man den Eindruck gewinnen, daß
eine Verständigung zwischen Bozen und Rom auf dem
Marße sei. Diesen Eindruck hatten auch die deut-
schen Abgeordneten im Südtirol; sie erklärten
daher in einem Schreiben an den Präsidenten Ricci
ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei
allen Bemühungen um die Entspan-
nung der Lage. Die Lösung der Provinz Bozen
von Trient hatte nicht wenig dazu beigetragen, Hoff-
nungen auf ruhigere Zeiten nachzujagen, die sich nicht
erfüllen sollten. Mussolini erklärte plötzlich, daß
die Trennung Bozens von Trient mißverstanden
worden sei; sie sollte der schnellsten Italieni-
sierung des deutschen Landes dienen. Und die gut-
gläubigen Vertreter der Deutsch-Südtiroler erlebten
die bittere Enttäuschung, daß sie ihren Volksgenossen
als Verräter denunziert wurden. Seither leidet jeder
Tag, daß sich Mussolini und sein Anhang spitzeln
in diesem Sommer eines anderen Beson-
nen haben, wenn sie, was ja nicht ganz sicher ist, je
an eine Verständigung und Gewinnung der deutschen Be-
völkerung gedacht haben sollten.

Diese mögliche Wendung in der Einstellung des
Faschismus zu den deutschen Bürgern Italiens, leben-
falls aber die äußerste Verschärfung des Regimes in
Südtirol fällt merkwürdigerweise mit dem Beginn
einer gestiegenen Außenpolitik des faschi-
stischen Italien einigermaßen zusammen. Man hat da-
her vielleicht nicht unrecht, wenn man in der Unter-
drückung der Deutschen Südtirols ein Element der in-
ternationalen Politik Mussolinis vermutet.
Die äußere Politik des Faschismus zielt auf eine
neue Welt Herrschaft ab. Man mag diese Roman-
tik belächeln — sie ist doch eine Tatsache, mit der ge-
rechnet werden muß. Mussolini weiß natürlich, daß
ihm auf dem Wege zu seinem Ziele zwei Gegner
entgegenzutreten werden: Frankreich und Eng-
land. Er hatte sich daher über die Weichenfolge schla-
ssig zu werden, in der mit ihnen, wenn es nottäte, ab-
rechnen sollte. Die Waßl fiel nicht schwer; sie war durch
den Ausgang des Weltkrieges bedingt. Englands
Außenpolitik richtet sich stets gegen die stärkste Konti-
nentalmacht. Das war nun Frankreich geworden. Da-

Heute Beginn der Wintertagung des Reichstages.

Vorläufig nur nebensächliche Fragen verhandlungsfähig.

Von unserer Berliner Redaktion.

X Berlin, 21. November. (Drab.)

Das Reichstagsplenum tritt am Dienstag
nachmittag wieder zusammen. Als vor einigen
Wochen das Parlament nach der kurzen Zwischenagung,
die hauptsächlich zur Erledigung der ersten Lesung des
Reichshaushaltsgesetzes und der Novelle zur Besol-
dungsordnung abgehalten worden war, wieder in die
Sitzung ging, um den Ausschüssen Gelegenheit zu inten-
siver Arbeit zu geben, konnte man bei etwas optimisti-
scher Veranlagung den Glauben hegen, daß die vorge-
schene Frist zur Bewältigung der Vorlage in den Aus-
schüssen hinreichen würde. Da es jedoch bekanntlich zu-
weilen anders kommt, als man denkt, so werden nun-
mehr die Parlamentarier, soweit sie noch nicht in der
Reichshauptstadt sind, aus allen Teilen des Reiches nach
Berlin eilen, um dort keinen einzigen ferti-
gen Entwurf vorzubringen, von dessen über-
ragender Bedeutung gesprochen werden
kann. Auch der Beratung des deutsch-französischen
Handelsvertrages kommt nur theoretischer Wert zu, da
die Regierungen beider Länder den Abmachungen ihre
Zustimmung bereits erteilt haben. In den ersten
Sitzungstagen wird sich also das Parlament vorwiegend
mit langweiligen. Die Oppositionsparteien wollen
aber nichts von einer weiteren Hinausschiebung der
Planberatungen wissen. Um bössartige Auseinander-
setzungen zu vermeiden, bleibt der Regierungskoalition
nichts übrig, als es bei dem vorgesehenen Termin zu
belassen.

Schwierigkeit über die Gestaltung des Reichshaushalts-
gesetzes und der Besoldungsordnungen herrscht einseitig
noch nicht. Man muß abwarten, ob durch gegenseitiges
Nachgeben, wobei selbstverständlich prinzipielle Fragen
nicht zum Gegenstand eines Kompromisses gemacht wer-
den dürfen, die vorhandenen widerstehenden Anschau-
ungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden
können. Beachtung verdienen die Versuche der Oppo-
sition, der Regierungskoalition das Gesetz des Handels-
aufzustellung, besonders bezüglich der Reform der
Struktur des Reiches und der Vereini-
gung der Verwaltung. Mit der Einführung
von Ausschüssen und Abhaltung von Konferenzen ist
tatsächlich nichts getan. Das deutsche Volk erwartet
ganz ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, daß die
beiden zuletzt genannten Probleme mit entschlossenem
Willen in Angriff genommen werden. Oder soll sich
etwa bewahrheiten, was die „Deutsche Allgemeine Ztg.“

nach ließ sich Großbritannien für Italien gegen Frank-
reich gewinnen. Das Umgekehrte war weniger wahr-
scheinlich. Aus dieser Überlegung heraus ergab sich
für Mussolini der Entschluß, zuerst mit Frank-
reich abzurechnen. Man muß unter diesem Ab-
rechnen nicht unbedingt eine feierliche Auseinander-
setzung verstehen. Auch der Duce wird eine diplomati-
sche Wertschätzung Frankreichs einem Waffengegen-
sätzen. Lebenslang gilt die ganze Außenpolitik der
Consulta auf irgendeine Abrechnung mit Frankreich
ab. Mit Großbritannien werden freundschaftliche
Beziehungen unterhalten. Spanien wird mit
marokkanischen Verwicklungen getrieben. Gegen den
tschechoslowakischen Bundesgenossen Italiens
wird Ungarn mobilisiert. Jugoslawien wird
eingekreist. — Der Außenpolitik soll die Innenpolitik
zu Hilfe kommen. Das Land wird mit Haß gegen
Frankreich erfüllt, täglich peitschen die faschistischen
Zeitungen ihre Leser gegen den „perfiden“ einstigen
Waffengefährten auf; Amore, Mitleid, Krieges- und Luft-
flotte werden in großartiger Weise ausgebaut, die
Grenzbezirke gegen Frankreich und Jugoslawien in ge-
waltige Aufmarschräume umgewandelt. Die katholi-
schen Kreise werden durch wohlwollendes Verhalten
des Diktators gegenüber dem Vatikan eingefangen,
die italienischen Sozialisten, diese naturgegebenen Wi-
dersacher des Faschismus, werden zerteilt, gleichzeitig
aber dem Bolschewismus in Moskau Avancen gemacht,
die ihn bestimmen sollen, sein internationales Tätig-
keitsfeld nicht in Italien, sondern in Frankreich zu
suchen.

Als ob Südtirol noch zu Österreich gehörte, wird
die Außenpolitik als eine Stellung in der Plan-
e jeder italienischen Entwicklung gegen Frankreich und
Jugoslawien beurteilt. Mussolini und sein Generallstab
glauben wohl nicht an die Sicherheit der Steine,
mögen sie sie auch noch so oft als „heilige Grenzen“
gepriesen haben. Diese Steine und die Äcker zwischen
ihnen sind von Menschen bewohnt, die den Völkern der
Berge zu einer schützenden oder einer drohenden Planie
machen können. Der Duce hatte zur Wägen er mochte
diese Menschen für sich gewinnen oder vernichten.
Entscheidet sich für das Letztere. Hunderttausende von
Menschen sind aber nicht so leicht aus der Welt zu
schaffen. Man mag Hunderte auf ferne Inseln ver-
bannen, Tausende von der ererbten Scholle weg in

mit folgenden Worten zum Ausdruck bringt: „Vielleicht
ist freilich richtig, was viele kluge Männer sagen, daß
die heutigen Parteien als solche unfähig zur Bewälti-
gung der großen Aufgabe sind. Dann gibt es aber ein
verfassungsmäßiges Mittel, das jede Erschütterung aus-
schließt: das Ermächtigungsgesetz.“ Das soll
doch wohl nichts anderes heißen, als daß in gewissen
Kreisen ein Diktator ein gern gesehener Mann wäre
und daß sein Erscheinen begrüßt würde, vorausgesetzt,
daß die geeignete Persönlichkeit auf der politischen
Bühne auftreten müßte. Es wird darum Aufgabe des
gesamten Reichstags sein, den Beweis dafür zu
erbringen, daß es des sogenannten „Klar-
sten Mannes“ nicht bedarf, um die mit Wucht
ankommenden Probleme der unbedingt notwendigen Lö-
sung entgegenzuführen.

Ein Abkommen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei.

Von unserer Berliner Redaktion.

X Berlin, 21. Nov. (Drab.) (unf. Berl. Redaktion.)

Von unabhängiger Seite geht folgende Mitteilung zu:

Am 19. und 20. November haben in Regensburg
abgeschlossene Besprechungen zwischen
Zentrum und Bayerischer Volkspartei
stattgefunden. Das Ergebnis ist der von den ober-
sten Instanzen beider Parteien noch zu billigende
Entwurf für Vereinbarungen zwischen Zen-
trum und Bayerischer Volkspartei. Dieser Entwurf
hat eine engere Zusammenarbeit der Ver-
treter der beiden Parteien zum Ziele und
will eine gegenseitige Verstärkung der bei-
den Parteien bei den Landtags- und Reichs-
tagswahlen in Bayern unmöglich machen.
Mit der Stellungnahme der obersten Organe der bei-
den Parteien ist innerhalb kurzer Zeit zu rechnen.

Die maßgebenden Instanzen des Zentrums und der
Bayerischen Volkspartei werden, nachdem die Verhand-
lungen jetzt zu einem greifbaren Resultat geführt haben,
ohne Zweifel den Abmachungen ihre Zustimmung nicht
verweigern. Sobald die Vereinbarungen die erforder-
lichen Unterschriften der Parteiführer tragen, wird end-
lich ein Zwist seinen Abschluß finden, der bei noch län-
gerer Dauer zu unheilvollen Folgen hätte führen
müssen. Nunmehr wird in absehbarer Zeit ein Dura-
frieden zwischen den beiden christlichen Parteien
herrschen. Insbesondere ist die gesuchte Lösung im
Sinnbild auf die Rheinpfalz zu begreifen, wo die
Gegensätze am schärfsten in Erscheinung treten waren.
Der erste Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung
der beiden Parteien ist jetzt getan.

Der Moskauer Schatten in Genf.

Sucht Rußland wieder Anschluss an England?

X Berlin, 21. Nov. (Eig. Drab.). Das bevor-
stehende Erscheinen einer russischen Delegation auf der
vorberetenden Abrüstungskonferenz hat wieder etwas
Leben in die politische Bude Europas gebracht. Wenn
die sowjetrussischen Delegierten eine ungeschminkte
Sprache zu sprechen pflegen und kein Blatt vor den
Mund nehmen, so hat dies seinen Grund nicht nur in
der grundsätzlichen agitatorischen Einstellung der
bolschewistischen Politiker, sondern auch in der Tatsache,
daß Rußland durch keinerlei Friedensdikt-
ta“ in seiner Bewegungsfreiheit sich gehemmt
fühlt. Es ist darum zu erwarten, daß die Moskauer
Delegierten die Genfer Tagung dazu benutzen, sich in
propagandistischer Weise an das Forum der öffentlichen
Weltmeinung zu wenden und dabei allerhand Lüge an-
zuschlagen, die den Nachbarn Europas wenig an-
genehm in den Ohren klingen werden. Kein Wun-
der also, daß man in manchen Kabinetten der euro-
päischen Hauptstädte dem Aufmarsch des Moskauer
Schattens mit recht gemischten Gefühlen entgegenseht.

erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gewalt-
sam „eingedeutscht“ wurden. Wie im Jahre 1833 der
Frankfurter Dr. Johann Richard wird auch nach we-
teren vierhundert Jahren ein Wanderer durch die
Bunder Südtirols berichten:

„Trient, hier beginnt die italienische Sprache. Na-
bezgo, das die Deutschen heben nennen, von da ge-
langt man in vier Meilen zu den Bohnstücken
der Deutschen, hier schließt sich Deutsch-
land an.“

Die neue Verordnung über die Grabinchriften.

X Rom, 21. Nov. Der Vojener Präsekt hat
eine Verordnung erlassen, wonach die Grabinchriften,
die bis zum September dieses Jahres her-
gestellt worden sind, nicht mehr abgeändert zu
werden brauchen. Dagegen sind alle Grabinchriften
nach diesem Zeitpunkt in italienischer
Sprache abzufassen. Hinsichtlich der Inschriften
säkularer oder historischer Werte behält die Prä-
sektur sich ihre Entscheidung vor, ebenso hinsichtlich von
Votivinschriften.

Der Rücktritt des belgischen Kabinetts.

X Brüssel, 21. Nov. Die sozialistischen Minister und
der sozialistische Senator de Broodere hielten heute
nachmittag eine Besprechung ab, um die politische
Lage und insbesondere die Heeresfrage zu prüfen.
Eine Krise erschien schon nach dieser Besprechung un-
vermeidlich; es handelt sich nur um die Frage, ob
die Krise sofort zum Ausdruck kommen solle, oder ob
man Mittel finden würde, um sie zu verzögern bis zur
Bewältigung der Haushaltsmittel. Alles hing nunmehr
von der Entwicklung der Aussprache in der Minister-
konferenz ab.

Im Ministerrat legte der Minister für nationale
Verteidigung ein Exposé über die allgemeine Lage und
Reorganisation der Armee vor, in dem besonders die
Verfassung der Einheiten, das System der Bewe-
stungen und die Herabsetzung der Dienstzeit
behandelt wurde. Der Minister kam zu dem Schluß,
daß es ihm unmöglich gewesen sei, gegenwärtig
einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der
Dienstzeit vorzulegen, der die Billigung aller
Mitglieder des Ministerrats finden könnte. Er schlug
daher vor, die ganze Militärfrage einem ge-
meinsamen Ausschuss zu unterbreiten, der ent-
sprechend dem im Jahre 1920 gebildeten Ausschuss zu-
sammengesetzt sei. Dieser waren auch, wie gestern ge-
meldet, die Sozialdemokraten nicht zu haben.

Da die Mitglieder des Ministerrats sich über den
Vorschlag nicht einigen konnten, beschloßen sie,
dem König die Gesamtdemission zu über-
reichen.

Die Auflösung des polnischen Sejms und des Senats.

X Warschau, 21. Nov. Ministerpräsident Dr. Bartel
bestätigte in einer einem polnischen Pressevertreter ge-
währten Unterredung, daß Sejm und Senat am
28. ds. Ms. mit Ablauf der Legislatur-
periode durch Regierungsbefehl aufgelöst werden.
Die Neuwahlen würden dann im Februar statt-
finden.

Anlagen gegen polnische Abgeordnete.

X Warschau, 21. Nov. Der zionistische „Przegląd
Wieczorny“ veröffentlichte eine Liste von 63 Ab-
geordneten, gegen die in der Sejmperiode das
Auslieferungsgesetz gegen Feinde der Staats-
anwaltschaft wegen verschiedener Anlagen und Ver-
gehen vorliegt. Von den 63 Abgeordneten stehen
Domherr Klinka und Abgeordneter Grabo auf der
Liste. Am 28. ds. Ms. läuft mit der Legislaturperiode
auch die Immunität der Abgeordneten ab.

Wir unterscheiden grundsätzlich zwischen dem
innerpolitischen System Sowjetrußlands und
seinen außenpolitischen Methoden. So wenig
wir das terroristische Regime im Innern des Mosk-
witerreiches billigen können, so sehr müssen wir es be-
grüßen, wenn Rußland, wenn auch in der ihm eigenar-
tigen Weise, auf dem Gebiete der Außenpolitik in die
Dunkelkammer der internationalen Antrigenwirtschaft
hineinleuchtet. Es kann daher unseres Erachtens nar-
nicht schaden, wenn die russischen Delegierten die Ver-
anlassung nehmen, in drastischer Art das heuchlerische
Spiel zu gelassen, das gewisse Mächte mit dem Vorrat
„Abrüstung“ treiben. So erklärt es sich auch, daß die
sowjetrussische Pariser Presse sich höchst benehmt
zeigt wegen der Gefahr, daß die russischen Delegierten
einen demonstrativen Abrüstungsschritt an die breitere
Öffentlichkeit der Völker beabsichtigen. Demgegenüber
findet das französische Blatt „Oeuvre“ den Mut zu
folgendem freimütigen Bekenntnis:
„Es ist gut, daß Deutschland und gelegentlich auch
Rußland diejenigen, die den Krieg gewonnen haben,
daran erinnern, daß sie sich zur Abrüstung verpflichtet
haben. Das ist ein notwendiger Anreiz, ohne ihn
würde zum Unglück der Völker und schließlich zum Ruin
der Munitionslieferanten die Abrüstung bereits be-
araten sein. Man muß Warnungen zu hören

Die Russen scheinen aber mit ihrer Teilnahme an der Genfer Konferenz noch ein anderes Ziel anzustreben, nämlich eine Wiedernäherung zu England. Auch ein Drahtbericht aus Moskau gibt der Vermuthung Raum, daß es der Sowjetdelegation nicht nur darum zu thun wäre, die „Gerechtigkeit des Genfer Treibens“ in der Abkräftungsfrage zu erläutern. Die Verarbeitung der auf der Tagesordnung genannten Themen werde in die Verhandlungen des Völkerverbundes hineingebracht. Damit sei den russischen Delegierten Gelegenheit gegeben, mit führenden Köpfen der europäischen Politik in direkte Verbindung zu treten, mit Freunden und auch mit Feinden. In diesem Zusammenhang spricht auch der englische „Daily Express“ davon, daß sich die Russen auf dem Wege von Privatverhandlungen mit der britischen Delegation bemühen würden, eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien zu erreichen.

London, 21. Nov. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Express“ meldet, daß die bei Genf vorbereitende Abrüstungskonferenz nach Genf einflußreiche Delegation unter Führung Litwins in den dortigen Verhandlungen der Konferenz und auch in den privaten Zusammenkünften der Delegation eine außerordentlich aktive Rolle spielen wird. Die russische Delegation werde in der öffentlichen Sitzung am 30. November einen in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für eine allgemeine Abrüstung, der die Einführung einer Weltkonferenz zu diesem Zweck vorschlägt, vorlegen.

Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen
Volkspartei.

[illegible]

Die Deutsche Volkspartei, sagte der Redner weiter, lehnte eine Beaufichtigung des Religionsunterrichts durch die Kirche und die staatlichen Organe ab. Das bedeute aber keine Gleichgültigkeit gegen die Kirche. Ihre wertvolle Mitwirkungsarbeit habe sie immer anerkannt, aber die Schule sei der Staat. Hier sei also die absolute Staatshoheit, die die Schule einschließlich des Religionsunterrichts allein zum Ausdruck zu bringen. Die Deutsche Volkspartei lehnte deshalb nur einer Fällung des Paragraphen 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824,

Die Grundlagen der folgenden Ausführungen waren die vom Vorkommenden der volkspolitischen Freizugsfraktion, Dr. ... und begründet wurden. Nach eingehender Auswertung wurde eine Entschädigung angenommen, die die Zahlung der volkspolitischen Reichsminister und die Fraktion in der Schuffrage billigt und fordert.

1. Neben Sicherung der konfessionellen (Religions-) Schule in ihrer geschäftlichen gewordenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Schulfrauen;

Ein Balkanblut unter französisch- englischer Regie.

* Berlin, 21. Nov. Nach einer diplomatischen Information des Allen-Europa-Dienstes aus Paris haben die griechischen Versuche, nach dem französischen-jugoslawischen Vertragsabschluss mit Frankreich gleichfalls zu einer Regelung der Schuldenfrage und unmittelbar damit zum Abschluß eines Freundschaftsvertrages zu kommen, doch größere Ausfichten, als noch vor einigen Tagen angenommen werden konnte. Schon gelegentlich seines Aufenthalts in Paris konnte der jugoslawische Außenminister Maximowitsch mit dem griechischen Gesandten Politis dahin übereinkommen, daß die Regelung der Frage einer jugoslawischen Freizone in Saloniki der Erneuerung des vor 1½ Jahren aufgehobenen Bündnisvertrages vorausgehen müsse. Politis hat deshalb schon einen Entwurf für die Lösung des Salonikiproblems vorgelegt, der für Griechenland und Jugoslawien annehmbar ist. Demzufolge stehen jugoslawisch-griechische Verhandlungen über die Freizone von Saloniki bevor, zu denen England eine wohlwollende Stellung einnimmt, jedoch nur, wie aus autoritativer Quelle verlautet, unter der Bedingung, daß eine gleichzeitig im Auge gefaßte jugoslawisch-bulgarische Annäherung in keinem Falle zu irgend- einer territorialen oder politischen Anerkennung an der Küste des Mägdalen Meeres führen darf. Mit anderen Worten heißt dies, daß sowohl Saloniki als auch die westbulgarischen Häfen in griechischer Hand bleiben. Im Bulgarien zu einem Anschluß an diese Häfen zu bewegen, hat Jugoslawien der bulgarischen Regierung mitgeteilt, daß es einer neuen bulgarischen Völkerverbündnisse seine Hindernisse nicht in den Weg zu legen gedenke, sondern sie fördern und seinen Einfluß geltend machen werde, damit auch die übrigen Staaten der kleinen Entente die Anleihe bestärken. In Verbindung damit steht die Auffassung einer jugoslawischen Anleihe in London, über die gegenwärtig verhandelt wird und deren Emission der Einigung über das Saloniki-Problem und der Erneuerung des Bündnisses mit Griechenland voraussetzen soll. In unterrichteten Kreisen wird unterstrichen, daß England der neuen französischen Balkanpolitik seine Zustimmung aus Unzufriedenheit mit der italienischen Unversöhnlichkeit gegenüber Jugoslawien, mit Italiens Ablehnung einer Mediation im Albanienkonflikt und mit der italienischen Demonstration vor Tanger geträgt.

Der englische Kriegsminister über den Rüstungsstand.

Δ London, 20. Nov. Kriegsminister Worthington (Edwards) wendet sich in einem Interview entschieden gegen die diesfälligen Behauptungen, das Groß-Britannien gegenwärtig mehr Soldaten unter den Waffen habe, als je irgendeiner anderen Zeit. Es sei ihm unverständlich, wie Lloyd George von 10 Millionen bewaffneten und wohlgenährten Männern in Europa sprechen könne, aus denen eine Woche später in einer Rede Thomas' Millionen mehr als im Jahre 1914 geworden seien. Sir Willcliffe (je nach den letzten maßgebenden Zahlen gegenwärtig 3.552.000 Mann in Europa unter den Waffen, einschließlich 1.124.000 Mann der Roten Armee Sowjetrußlands, so daß der Restland 2.428.000 Mann) beren insofern 5.318.000 Mann im Jahre 1914 gegenüberstünden. Englands habe die Zahl seiner regulären Truppen seit 1922 um 15.000 Mann vermindert. Die Garnisonen zum Schutze der Handelsverbindungen des britischen Imperiums seien so stark vermindert worden, daß sie

Am Schluß der Entschließung wird die Erwartung ausgedrückt, daß die Reichsdeklaration nur einen Segen zukomme, das den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspreche.

Am Nachmittag nahm der Parteivorstand, Reichsminister Dr. Trese mann, unter allgemeiner Spannung das Wort zu freudigen Ausführungen über die politische und wirtschaftliche Lage. Am Schluß seiner Ausführungen dankte er auch auf die Frage einiger Neubildeten zu sprechen und betonte unter höchstem Beifall den unbedingtsten Willen zur Erhaltung der deutschen Selbständigkeit d. Deutschen Volkspartei gegenüber anderen Parteien und Verbänden. Der Zentralvorstand bereite dem Parteiführer eine große Obvation.

Die Aussprache ergab Uebereinstimmung in der Auffassung des Zentralvorstandes über den Ernst der wirtschaftlichen und finanziellen Lage. Sie ergab aber auch eine erste Entschlossenheit, dafür zu sorgen, daß Deutschland durch eigene Kraft den Weg zur Rettung finde, und sie ergab endlich die entschlossene Bereitschaft aller Kreise der Partei, überall im Reiche, in den Räumen wie in den Gemeinden nachdrücklich auf strengste Sparsamkeit zu drängen. Auf Antrag v. Kautz wurde durch den Zentralvorstand in einer Entschlüsselung die Reichsdeklaration der Partei, zu prüfen, ob nicht die Aufnahme öffentlicher Anteile in jeden Ort — einschließlich der Anteile der im überlegenen Besitz der öffentlichen Hand befindlichen wirtschaftlichen Unternehmen — von der Genehmigung einer Reichsstelle abhängig gemacht werden würde.

In seiner häufig von Beifall unterbrochenen Schlusswort betonte Dr. Stresemann die Bedeutung dieser Uebereinstimmung für die Politik der Partei und des Reiches. Zugleich sah er in dieser Einmütigkeit eine gute Ouerfürre für einen etwaigen Wahlkampf. Die Politik der P. - Antwortung habe sich, zumal auf lang Sicht gesehen, immer als die beste erwiesen.

Neue Gesichtspunkte bringt das Referat des Abgeordneten Kuntze nicht. Von nicht geringer Bedeutung ist dagegen die Entschließung des Zentralvorstands der Deutschen Volkspartei, weil namentlich der Fraktion das Ziel, das sie erreichen muß, genau vorgeliegt, und ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist. Die Entschließung bedeutet somit eine Erklärungen der parlamentarischen Lage. Auch das Zentrum ist für Toleranz in der Schlußfrage, aber gerade darum kann es darin einwilligen, daß die Votenmittelpunkte dort, wo ernd ausgeschlossen sein soll, wo sie herzu noch nicht

Lord Rothermeres Antwort.

△ London, 20. Nov. Lord Kitchener's Erwiderung hefte auf die Erfahrungen des Kriegesministers über die Zahl der bewaffneten Streitkräfte der europäischen Mächte. Er sagte: „Es verheißt nicht, was Vordringen Evans mit seiner Erklärung meint. Es ist eine unbedeutende Zahl, welche im Falle einer Kriegserklärung innerhalb von 14 Tagen Frankreich 4 Millionen Mann und unter den Waffen haben würde, Italien 3½ Millionen und die drei Staaten der Kleinen Entente 2½ Millionen Mann, was insgesamt 10 Millionen Mann ergeben würde. In meinem Artikel habe ich die von Lord George genannten Zahlen benutzt, weil ich nicht den Eindruck hatte, den Eindruck zu erwecken, als ob ich überreibe. Tatsächlich aber hat Lord George die bewaffneten Streitkräfte, die heute eines allgemeinen Krieges sofort mobil gemacht werden könnten, ganz erheblich unterschätzt.“ Das kleine Europa hat, wie er behauptet, weitere 10 Millionen ausgebildete Soldaten aufstellen, was eine Gesamtsumme von 20 Millionen Bewaffneter ergeben würde.

Englands Aufrüstung zur See.

Der „Zehnmüßiger“ bewies die Wichtigkeit der Erklärung der Regierung nachstehenden Presse, daß der Bericht auf den Bau von drei Kreuzern allerdings anzusehen sei. Das nächstjährige Hauptprogramm der Regierung werde die wirtlichen Aufgaben der Regierung erkennen lassen und die Verbesserung im Kreuzerbau werde vielleicht nur wenige Wochen dauern, da ursprünglich schon die Fertigstellung haben habe, die drei Kreuzer erst im Februar nächsten Jahres auf Kiel zu legen. Gleichzeitig ließen bereits Gerüchte um, wonach in Kreisen der Admiralsität Pläne entworfen werden, den 8000-Tonnen-Kreuzer, der als Ersatz für den vorjährigen drei Kreuzern in Bau gegeben wird, so zu konstruieren, daß er den vollen Kampfwert des 10000-Tonnen-Kreuzers besitzt. Die Regierungen würden sich aber nur ein Kreuzer auslösen können, wenn sie einen anderen ersetzen könnten. In der Folgezeit wird es sich zeigen, ob diese Pläne verwirklicht werden können. Auf der anderen Seite sei unmittelbar auf die Forderung der Admiralität über den Bau von 13 Einheiten abzuwarten.

1.: Brüssel, 21. Nov. Nach einer Weibung der Se-
lung 1918" mit der vom Kriegsmünister eingeleitet
Grenzendausschuß, der sich seiner Arbeit über die
Grenzen derbeist, der Zeit und Längung
trifft. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der Aus-
schuß sich mit dem Limburger Koch und dem Aus-
beileidigungsanfragen der beidige
Verständigungsausschuß besonders beschäftigt
hat. Er soll beschließen haben, längs der Linie Lir-
Reerhaeren detaillierte Unterstände für Ma-
schinengewehre bauen zu lassen. Die Forts an
rechten Maas-Ufer und einige am linken sollen unter Ver-
rechnung der dortigen des letzten Krieges wieder her-
gestellt werden. Die Unterstände sollen die Verteidigung
gegen die Wirkung des Giftgas geschützt werden.
Die Hauptverteidigungslinie soll durch Befestigungen, mittel-
detaillierter Unterstände unter einander verbundenen
Stützpunkte gebildet werden, sie würde mit Vor-
posten besetzt werden, die einen brüskierten An-
griff zu bereiten hätten. Zur baldigen Verwirklichung
dieses Planes soll der Kriegsmünister nächsten von dem
Parlament einen Kredit von 10 Millionen den dem
1918" verfahren würde, die Arbeiten am 1. Jan.

besteht. Warum soll beispielsweise den Katholiken in Baden nicht die Möglichkeit unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden, ihre Kinder in katholischen Schulen unterrichten zu lassen? Auch die Schulhoheit des Staates für den Religionsunterricht entspricht nicht den Anschauungen des Zentrums. Die Ausländer sind ein Zustandekommen des Reichsschulgesetzes hat der Braunschwelger Tagung der Deutschen Volkspartei leider nicht zugehört.

Berlin, 21. Nov. Die Demonstrationen der

tagssitzung trat am Montag nachmittag
Freitagstag zu einer Fraktionsitzung zusammen, in d
u. a. der Parteivorstehende Koch-Beyer ein eingehend
Referat über die politische Lage hielt. Die Fraktio
stimmte am Schluß ihrer Verhandlungen einstimmig
einer Entschließung zum Schulgesetz zugun
der es heißt, daß die Fraktion dem bisherigen Erg
nis der Verhandlungen im Bildungsausschuß über d
Schulgesetz mit äußerster Besorgnis gegenüberstehe. D
§ 1 des Gesetzes gebe in der jetzt angenommenen Fassu
ng die Staatsbürgerschaft über die Schule preis. Die dabei au
gesprochenen Tendenzen, an die Stelle von Staat und G
meinschaft die bisher entscheidenden Instanzen f
setzen, wirke sich auch auf die zukünftige Parteipol
aus. Die Beschlüsse über die Besetzung des Reichstages
kritisierten die künftige Volksschule, noch mehr die
Regierungsantrag als Kirchenschule. Die Deuts
demokratische Partei sehe mit äußerster Besorgnis
das Schicksal der deutschen Volksschule, wie Schritt
Schritt durch die Mehrheit der Regierungsparteien a
Gesetz zustande komme, daß die Volksschule dem Sta
entziele und sie konfessionellen und politischen P
teilen überantwortet. Sie spreche die Hoffnung aus, d
alle liberalen und nationalen Kreise diese Gefahr
rechtzeitig erkennen und durch ihren entscheidenden W
fest den verhängnisvollen Gang der Verhandlungen a
zu hindern, damit die deutsche Volksschule vor d
Schicksal der inneren und äußeren Zersplitterung
wahrt.

Die Demokraten haben das Bedürfnis, sich sehr räumlich und wichtig zu geben, der sorgfältige Kampf gegen die demokratischen Wählerkriterien umschließt sich daher die Stürze dieser gefallenen Volkswörter. Darum suchen sie sich jetzt bei dem liberalen Bürger in ein besonderes Recht zu setzen und die Deutsche Volkspartei als ungenutzte Stütze der kulturellen Interessen des Liberalismus zu verdrängen. Das steht in obiger Enkeltelung, ohne daß allerdings Volkspartei genannt wird. Aber die Befürchtung über Befürchtungen sind ja mit deren Zustimmung, gelassen, und ihr Ergebnis wird als Zeichen der Charakteristik. Den liberalen Bürgern soll, wenn dies furchtbare Wort liegt, kaltes Grauen überkommen. Simpler kann keine Wahn machung getrieben werden.

Nürnberg, 1. Nov. Nachm. Schon kurz vor 4 Uhr in Würzburg Verhandlungen über den Zusammentritt der Reichstags-Verhandlungen in Bayern geführt wurden, w. der „Sofortanzeiger“ zufolge, die Nürnberger Vertretung der Nationalliberalen Landespartei Parteiens des Volksmanns mit der Deutschnationalen Volkspartei mit 99 gegen 4 Stimmen abgestimmt. Das Abkommen lautet u. a. Die Deutschnational. Volkspartei in Bayern und die Nationalliberale Landespartei Bayerns schließen sich zur gemeinsamen bayerischen Arbeit zusammen. Die Deutschnational. Landespartei Arbeit zusammen. Deren Nationalistische Partei Arbeit zusammen.

Reichskabinett und Rentenversorgungsgesetz.
× Berlin, 21. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des Reichskabinetts mitteilt, wird sich das Reichskabinett am Dienstag mit dem von den Demokraten eingebrachten Entwurf eines Rentenversorgungsgesetzes befassen und voraussichtlich einstimmig zu diesem Entwurf Stellung nehmen. Zur Sicherung der vollständigen Ausfüllung des Reichskabinetts am Mittwoch wird eine Regierungserklärung darüber erwartet.

Der Gesetzentwurf über die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrats.

× Berlin, 11. Nov. Dem Reichstag ist jetzt der Gefangenwärt über die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates zugegangen. Er soll nach der Vorlage aus 151 ständigen Mitgliedern bestehen, die von der Reichsregierung auf Grund von Vorschlägen der Vertretungen der Unternehmer, Arbeitnehmer oder sonst beteiligter Volksschreife, oder auf Grund von Ernennungen durch die Reichsregierung oder den Reichsrat einberufen werden müssen.

Die deutsch-polnischen Besprechungen.

Berlin, 21. Nov. Wie wir erfahren, ist in Erfüllung einer der polnischen Regierung im Zusammenhang mit der Niederlassungsabfertigung eingegangenen Zusage am vergangenen Sonnabend dementsprechend den belagerten Grenzgebieten, insbesondere in Ostgalizien, die deutsche Zollverwaltung in der Lage gewesen, die in schwedischen Fragen in der kürzlichen Formulierung überreicht worden. Die polnische Antwort wird in Laufe des heutigen Tages erwartet. Man rechnet damit, daß sie befriedigend ausfallen wird, die Befragungen, die bisher befriedigend verlaufen, bald zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Auch in der Frage der polnischen Schnittzölle ausfuhr rechnet man mit einem zufriedenstellenden Ergebnis der aufgenommenen Befragung.

Entdeckung eines neuen Kometen.

:- Hamburg, 21. Nov. Auf der Hamburger Sternwarte in Bergedorf wurde am 15. November durch den Astronom Hermann van Dr. Bachmann mit dem Lippert-Hitzkopfschen astrophotographischen Wege ein neuer Komet entdeckt. Der Komet ist abermals beobachtet worden konnte. Der Komet schenkt dem Sternbild der Fische. Seine Helligkeit entspricht der eines Sternes 13. bis 14. Größe. Er ist also für das unbewaffnete Auge unsichtbar. Auf der photographischen Platte erscheint der Komet als nebelartige Gebilde mit deutlich erkennbarem Stern und nahezu freisunder Größe von einem bis zwei Sekundenstrich Durchmesser. Die tägliche Bewegung des Kometen ist gering, weshalb er sich wohl in großer Entfernung von der Erde befindet.

Neben der Entdeckung des Kometen im Sternbild der Fische wurde auf der Hamburger Sternwarte am 1. März 1891 nachts um 18. zum 19. d. M. von Professor Dr. G. Schaefer, dem Leiter der Sternwarte, eine Photographie des Himmelsaufnahmestandes zwischen Eiser und der Nordpolarsternschnelle vom Stern dritter Größe Lambda des Orion im neuer Stern, eine sogenannte Nova in Sechselft der 10. Größtenklasse entdeckt. Das neue Gestirn befindet sich also an der Grenze der Milchstraße, in deren Bereich die meisten Novae aufsteigen.

Auf der Suche nach 250 Millionen Franken.

Paris, 21. Nov. In der Bevölkerung der aus dem Regiristrier bekannten Stadt Pontoise herrschte größte Aufregung. Ein Händler, der eine alte Bibel erhalten hatte, warf ein altes Gebetbuch in Feuer, um es zu verbrennen. Als der Reducirte infolge der Hitze gerirrt, traten in ihm verborgene Begierden zum Vorschein. Dem glücklichen Findex gelang es, die Dokumente den Flammen zu entreißen. Er handelte sich um zwei Schriftstücke. Das erste ist ein Testament aus dem Jahre 1622, in dem der Graf v. Savary kurz vor seinem Tode die Kirche zu seiner Unterfaherben einsetzte. Das zweite Schriftstück enthält einen genauen Plan der Ruine des Feudalhofes von Matihille das im 30jährigen Kriege zerstört wurde. Ein Kreuz bezeichnet den Ort, wo der Graf seine Schätze vergraben hat. Neben Schmuckstücken von ungeheurer Wert sollen hier etwa 40 Mill. Goldfranken, beim heutigen Währungsstand etwa 250 Millionen Franken, ruhen. Die Silberhändler und der Bürgermeister von Pontoise, der für die Durchführung der Arbeiten 8000 Franken zur Verfügung stellte, haben die Nachforschungen

Aus aller Welt.

Mißhandlung auf einer Berliner Polizeiwache.
 Berlin, 21. Nov. Aus Grund einer Geltendmachung, wonach ein seßhaftem, einer Arrestirung auf einer Berliner Polizeiwache geohrfeigt worden sei, oder eine der Polizeipräsidien eine Untersuchung anzunehmen erachtet zu haben scheint, daß der Beamte tatsächlich vergaßen hat. Der Polizeipräsident hat erklärt, daß der Beamte keinen Dienst leisten macht, und daß er nicht unüberzüglich der Staatsanwaltschaft über diesen Vorfall berichten wird.

Die Vorgänge an der Budapester Universität.
X Budapest, 21. Nov. Der heilige Tag ist an der Budapester Hochschule verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die jüdischen Studenten wurden zwar atomeigentlich vom Verlassen der Universität aufgefordert, Thatsache ist es aber nicht gekommen. Nur ein Theil der jüdischen Studenten wurde den Feindlichen mit aller Sicherheit wegen Teilnahme an den jüdischen Märschen bis auf weiteres ausgeschlossen.

**Kreisblatt
Stadtfreies B
Amtlicher An
des Landrats
von Bürgerme
ämtern und W
des Kreises B
Organ
der Zentrums**

Sum

30

fell Dr. Stre
Wahlversam
Brauhsweig
spricht diesel
Betrachtung l
die innerhalb
stehen. Wü
Jahre auch d
so würde die
meibliche Fol
danach müßte
Neuwahl statt
würde dann a
zugeben haben
sich werden i
gen, wüßte u
präsentieren,
seines Wähle
daß der neue
seiner polit
terscheiden w
mokratie erst
Ausficht. Und
der Presse der

Würde nur
Dinge unser
erweisen und
haltung des
Deutschlands
Schulfrage noch
zu würde es
liegenden wich
Reichsschulge
und das Ligu
Reichsausschu
auch Gelegen
wahrrecht ent
die in der am
vellation
werden. Sie
schen Mängel
zuweisen. „D
der Interpell
werberwahn
weentlich bei
Freie mach
zwischen Wäh
Dahum wird
ist, einen Ges
Beseitigung
einzubringen,

Da der Re-
sammen war
Ausfrage i-
solutionsvor-
Zeit für die
sand, hat die
sic) über die er-
zufällige Ref-
von K. u. d.
nichts darüber
forderung steht
die er vor lan-
gelan hat, hat
halten, daß er
gn üßig an
hängt wohl d-
nale Volkspar-
die Zahl inre-
daß man in
rungsunföhen
Wir erinnern
vor etwa vier
nenen Artikel,
Wahrscheinlich-
scheinen die d-
nung geändert

Wie dem e
Nächstes ha
Interpellati
nur die W
heraus zu
Wahrscheinl
deren Fra
Notwendig
kennen. B
und demokr
gie für die W
tionen hab
nun nicht we
nationalen we
was ihre Wäh
kehr zu kleiner
langen Eifen,
zum Mittelpu
widerstreben